

## **Weder militärische noch zivile Zwangsdienste!**

### **Keine Reaktivierung, sondern Abschaffung der sogenannten Wehrpflicht!**

2011 ist in Deutschland die sogenannte Wehrpflicht ausgesetzt worden. Viele glauben seitdem, dass das Problem erledigt sei, und dass niemand mehr in Kasernen und Gefängnissen eingesperrt oder zu Musterungen, Gewissensprüfungen oder Ersatzdienst gezwungen werden kann, dass der Staat keine Menschen mehr auf Schlachtfelder und in den Tod schicken darf. Dass AfD und Teile der CDU den Kriegsdienstzwang zurückwünschten, galt als unwichtig. Doch in diesem Sommer häuften sich, vor allem aus der CDU, die Rufe nach Reaktivierung der sogenannten Wehrpflicht, in Verbindung mit einer Dienstpflicht für Jugendliche beiderlei Geschlechts. Kramp-Karrenbauer, die Generalsekretärin der CDU, will sogar Flüchtlinge zwangsverpflichten. Nach Dienstpflicht rufen aber auch der Enthüllungsreporter Günter Wallraff und Heribert Prantl von der Süddeutschen Zeitung. Auch in der marxistischen Wochenzeitung *Jungle World* wurde vehement die Militärdienstpflicht gefordert. Warum sage ich sogenannte Wehrpflicht? Wehrpflicht und Wehrdienst und davon abgeleitete Begriffe suggerieren bezüglich des zwischenstaatlichen Verhältnisses, dass das Militär der Verteidigung diene. Allerdings führen sogenannte Wehrdienstleistende auch Angriffskriege. Das gilt gerade für Deutschland. Im Spannungsverhältnis zwischen Individuum und Staat ist der Begriff ebenfalls abwegig. Wehrdienst leisten gerade diejenigen, denen es nicht gelingt, sich erfolgreich gegen die Rekrutierung zum Militär zu wehren. Deshalb verwende ich diese sachlich unzutreffenden und realitätsverschleiernenden Propagandabegriffe nicht.

Aussetzung des Kriegsdienstzwangs bedeutet, dass gegenwärtig in Deutschland Männer gemäß dem nach wie vor gültigen Wehrpflichtgesetz weiterhin zum Kriegsdienst verpflichtet sind, dass aber gegenwärtig niemand zwangsweise gemustert oder einberufen wird. Zur Reaktivierung des Zwangs genügt eine einfache Mehrheit des Bundestags. Bei Verkündung des Spannungs- und Verteidigungsfall tritt die Zwangsrekrutierung automatisch wieder in Kraft.

Seit Anfang der 1990er hatten immer mehr von Staaten in Europa die sogenannte Wehrpflicht entweder abgeschafft oder ausgesetzt, 2011 mit großer Verspätung auch Deutschland. 2014 kehrte sich dieser Trend um. In Norwegen wurde die Zwangsrekrutierung nicht nur nicht abgeschafft, sondern auf Frauen ausgedehnt. Vor dem Hintergrund des Ukraine-Konflikts und der Spannungen zwischen NATO und Russland kehrten die Ukraine, Litauen und Georgien zum Kriegsdienstzwang zurück, 2018 auch Schweden, wo jetzt auch Frauen militärdienstpflichtig sind. In Frankreich wird unter anderem ein zivil-militärischer Zwangsdienstmonat für 16-Jährige einführt.

Es wird gewaltig aufgerüstet. Und dazu gehört auch die personelle Aufrüstung. Militär und Heldentod fürs Vaterland sind gegenwärtig in der deutschen Gesellschaft aber nicht mehr gut angesehen. Deshalb werden Vorschläge für Zwangsmilitärdienst in Forderungen nach einer allgemeinen Dienstpflicht

verpackt, die als gesellschaftlich nützlich propagiert wird. Geschickt ist auch, als Opfer der Pflichtdienste diejenigen ins Visier zu nehmen, die sich am wenigsten an der Debatte beteiligen können: Flüchtlinge und Jugendliche. Die jetzigen volljährigen und wahlberechtigten Jugendlichen können davon ausgehen, dass im Fall einer zukünftigen Dienstpflicht nur nachfolgende Jahrgänge, aber nicht sie selbst betroffen sein werden. Diejenigen, die es treffen wird, können kaum ermessen, was auf sie zukommt. Vor allem haben sie kein Wahlrecht. „Dienstpflicht - Ein Angriff auf die Jugend“ heißt es zutreffend in der Zeitschrift *Cicero*.

Manche meinen, dass sich die CDU mit ihrer Dienstpflichtdebatte nur gegenüber der AfD als ebenso autoritär, militaristisch und flüchtlingsfeindlich profilieren möchte. Merkel sprach sich gegen Reaktivierung der sogenannten Wehrpflicht aus, befürwortet aber die Debatte über eine Dienstpflicht. Die Regierung will offensichtlich keine Rückkehr zur vorherigen Massenrekrutierung. Schließlich wurde sie ausgesetzt, weil die Bundeswehr drastisch verkleinert und zu einer weltweit einsetzbaren Interventionstruppe umgebaut wurde. Doch die Bundesregierung schickt in ihrem Drang nach militärischer Weltgeltung die Bundeswehr in immer mehr Kriegseinsätze. Gleichzeitig fällt es der Bundeswehr trotz massiver Werbekampagnen schwer, ihre Rekrutierungsziele zu erreichen. Die Zwangsrekrutierung wurde 2011 bewusst nur ausgesetzt und nicht abgeschafft, um sie jederzeit reaktivieren zu können.

Es zeichnet sich ab, dass Frauen in Deutschland von etwaigen Zwangsdiensten nicht verschont bleiben werden. Das entspricht auch der Entwicklung anderswo: in Israel, Eritrea, Nordkorea, Norwegen, Schweden, den Niederlanden und Tschechien und der Debatte in Finnland und den USA.

Eine Massenverpflichtung ganzer Jahrgänge ist kurzfristig nicht möglich. Die Bundeswehr ist strukturell, organisatorisch und finanziell dazu nicht in der Lage. Aber es gibt andere Optionen: In Schweden wird praktiziert, was auch für Deutschland diskutiert wird. Das schwedische Militär strebt an, vier Prozent eines Jahrgangs einzuberufen, abhängig von Qualifikation und Dienstbereitschaft. Nach diesem Modell könnte die Bundeswehr flexibel nur so viele Personen einberufen, wie sie zu benötigen glaubt und für die sie die Kapazitäten hat. Nebenbei könnte ein allgemeiner Zwangsdienst aufgebaut werden.

Rechtlich sind Sklaverei und Zwangsarbeit verboten. Die Staaten sorgten jedoch dafür, dass Militärdienst und Militärsatzdienst davon ausgenommen sind. Eine Dienstpflicht ohne Bezug zu Militärdienstpflicht ist verfassungs- und völkerrechtswidrig. Selbst wenn das Zwangsarbeitsverbot aus dem Grundgesetz gestrichen würde, gälte weiterhin das völkerrechtliche Zwangsarbeitsverbot. Es ist skandalös, dass ausgerechnet für den Zweck des Krieges, des staatlich organisierten Massenmords, Zwangsarbeit erlaubt ist. Pervers ist, dass nun einige, statt diese Ausnahme vom Verbot zu streichen, das Verbot der Zwangsarbeit noch mehr aufweichen wollen.

Warum soll überhaupt irgendein Mensch für seine Arbeit nicht adäquat bezahlt werden? Warum sollen ausgerechnet Jugendliche und Flüchtlinge fast unbezahlt und in Unfreiheit arbeiten? Möglicherweise sogar Flüchtlinge, die gerade wegen Zwangsrekrutierung geflohen sind? Und das in einer Zeit, in der die Schere zwischen Arm und Reich immer mehr auseinander geht und nicht nur Jugendliche mit unbezahlten Praktika, befristeten und prekären Arbeitsplätzen konfrontiert sind. Für diejenigen, die wirklich einen Freiwilligendienst leisten möchten, gibt es vielfältige Angebote.

Gerade in der Pflege sollen wegen Personalmangels Dienstpflichtige eingesetzt werden. Der Personalmangel ist ein Resultat der miserablen Bezahlung und schlechten Arbeitsbedingungen. Ein von billigen Zwangsdienstleistenden würde Arbeitsplätze gefährden und das Lohnniveau sinken lassen. Menschen, die gepflegt werden, sollte daran gelegen sein, dass sie von qualifizierten und gut bezahlten Menschen versorgt werden und nicht von ungelerten Dienstverpflichteten. Der vermeintlich so soziale Zwangsdienst ist antisozial. Zwangsdienste kosten Geld und sind volkswirtschaftlich unsinnig.

Die Zwangsdienstideologie beruht auf der totalitären Vorstellung, dass das Individuum dem Staat etwas schulde, und propagiert den Vorrang von Staat und Volksgemeinschaft vor individuellen Rechten. Das entspricht dem autoritären und kollektivistischen Denken, das sich überall breit macht und das bekämpft werden muss – z.B. im Anschluss an diese Kundgebung bei der Demonstration gegen Gauland und die AfD. Zwangsdienst ist eine Menschenrechtsverletzung und ein Akt der Gewalt. Zwangsdienste passen nicht zur Demokratie und sind zutiefst unfriedlich.

**Keine Zwangsdienste, weder militärisch noch zivil!**

**Keine Reaktivierung der sogenannten Wehrpflicht! Stattdessen Abschaffung des Kriegsdienstzwangs!**

**Für das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung!**

**Solidarität mit Kriegsdienstverweigerern und Kriegsdienstverweigerinnen in aller Welt! Asyl für Kriegsdienstverweigerer und Kriegsdienstverweigerinnen, Deserteure und Deserteurinnen!**

*Rede von Gernot Lennert, Landesgeschäftsführer der DFG-VK Rheinland-Pfalz für die Antikriegstags-Kundgebung in Mainz 2018*